

## Unsere Zivilgesellschaft ist freiwillig stärker

Jungen Menschen Engagement erleichtern und Anerkennung zeigen statt allgemeine Dienstpflicht einführen

**Demokratie lebt von vielfältigen Formen** des ehrenamtlichen Engagements. Knapp 30 Millionen Menschen in Deutschland engagieren sich bereits, davon rund 100.000 Menschen pro Jahr in den geregelten Freiwilligendiensten (FSJ, FÖJ und BFD). In Hessen sind über zehn Prozent der Schulabsolventen\*innen freiwillig in diesen Formaten aktiv. Wir sind davon überzeugt, dass durch verbesserte Rahmenbedingungen sich noch mehr Menschen dafür begeistern. Oft wird ihr Zugang bisher noch erschwert, oder mangelnde Wertschätzung schreckt sie ab. Eine Pflichtzeit hingegen konterkariert das Selbstverständnis einer liberalen, selbstbestimmten Zivilgesellschaft. Die Eigenmotivation tätiger Demokrat\*innen lässt sich nicht verordnen.

**Junge Menschen zum Mitmachen ermutigen**, ihnen echte Partizipationserfahrung vermitteln und ihnen gesellschaftliche Anerkennung für ihr freiwilliges Engagement zukommen lassen: Hierfür eignen sich die bestehenden Freiwilligendienste besser und verdienen dazu eine inklusive Ausgestaltung und angemessene Förderung. Die Pflichtzeit käme voraussichtlich teurer und mit vielen unerwünschten Nebeneffekten.

### 1 Freiwilligendienste sind schon heute beliebte Engagement- und Bildungszeiten

Bereits heute entscheiden sich junge Menschen freiwillig, Kinder und Jugendliche zu betreuen und ältere Menschen zu begleiten. Sie werden in Einrichtungen der Behindertenhilfe, im Rettungsdienst und in Krankenhäusern tätig. Neben vielen anderen sozialen Einrichtungen unterstützen sie Sportvereine, Kulturbetriebe, Kirchengemeinden, die Denkmalpflege und die Feuerwehr. Die Freiwilligen leisten einen wichtigen Beitrag zur Entlastung der Hauptamtlichen und ermöglichen zusätzliche Angebote. Zu einem höheren Anteil absolvieren sie anschließend eine Ausbildung im sozialen Bereich und/oder engagieren sich ehrenamtlich weiter. Das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und der Bundesfreiwilligendienst (BFD) bieten überwiegend jungen Menschen schon lange einen bewährten Rahmen, um sich eine Zeit lang voll dem Gemeinwohl zu widmen.

Gleichzeitig sind diese Freiwilligendienste besondere Bildungszeiträume. Durch die Träger der Freiwilligendienste erhalten die Freiwilligen eine intensive pädagogische Begleitung während ihres Einsatzes. In den fest vorgesehenen Seminaren tauschen sie Erfahrungen aus und erproben demokratisches Miteinander. Sie wählen gesellschaftliche Themen und diskutieren kontroverse Haltungen und Meinungen. Die Begegnung mit Menschen verschiedener sozialer Prägungen findet hier genauso wie in den Einsatzstellen statt und wird reflektiert. Persönlichkeitsentwicklung und informelle Bildung stehen im Vordergrund. Das subsidiäre Trägerprinzip sichert dabei die Qualität der Begleitung, stärkt den Bildungsaspekt und spiegelt die Vielfalt und Eigenverantwortung der Zivilgesellschaft wider.

### 2 Eine inklusive Ausgestaltung macht die Freiwilligendienste für mehr Menschen zugänglich

Allerdings ist die Teilnahme an einem Freiwilligendienst strukturell für zahlreiche junge Menschen erschwert und eine noch breitere Beteiligung wird dadurch verhindert. So ist z.B. für Jugendliche aus einem Elternhaus mit geringem Einkommen der Lebensunterhalt durch das Taschengeld nicht garantiert. Menschen mit Behinderung oder anderen Diversitätsmerkmalen finden nicht immer einen Einsatzplatz, weil sie auf Barrieren und Vorurteile stoßen. In der Einsatzstelle fehlen mitunter die Zeitressourcen, um auf die jungen Menschen individuell einzugehen und sie stärkenorientiert einzubinden. Andere Jugendliche werden in ihrem Umfeld und ihrer Schulform zu wenig über die persönlichen Chancen eines Freiwilligendienstes informiert und bei der Bewerbung unterstützt. Die von den Trägern bereits angegangene **inklusive Öffnung der Freiwilligendienste soll mit den dazu benötigten Mitteln vorangetrieben und durch strukturelle Reformen**, z.B. ein FreiFöG analog zum BaFöG oder flexiblere Teilzeit- und Einsatzmodelle, **befördert werden**.

### 3 Freiwilligendienste mehr anerkennen und bekannter machen

Junge Menschen haben während der Corona-Pandemie auf vieles verzichtet und sich bemerkenswert solidarisch verhalten. Sie ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt mahndend in die Pflicht für die Allgemeinheit nehmen zu wollen, ignoriert ihr Verantwortungsbewusstsein und trägt zur Frustration einer Generation bei, die sich ohnehin mit ihren Zukunftssorgen angesichts multipler Krisen politisch zunehmend übersehen fühlt. **Stattdessen soll die Wahrnehmung des Gemeinsinns junger Menschen ins Zentrum der Debatte rücken und Freiwillige sollen mehr spürbare Anerkennung erfahren**, z.B. durch eine kostenlose Nutzung des ÖPNV oder eine Befreiung von den Rundfunkgebühren.

Der Überfall Russlands auf die Ukraine ist als Anlass für die Forderung einer Pflichtzeit ebenfalls unangebracht. In der offen verschärften Systemkonkurrenz von Autokratien und Demokratien sollen freiheitliche Gesellschaften ihre Werte vielmehr dadurch behaupten, dass sie Zusammenhalt und Mitwirkung ihrer Bürger\*innen auf liberale Weise – durch Überzeugung und informierte Entscheidung des\*der Einzelnen – zu organisieren vermögen. **Für Freiwilligendienste soll an Schulen und mit modernen Kampagnen geworben werden sowie die Öffentlichkeitsarbeit der Träger gefördert werden.** Eine allgemeine Dienstpflicht steht verfassungsrechtlichen Bedenken gegenüber und widerspricht der Europäischen Menschenrechtskonvention (Artikel 4 Abs. 2), nach der niemand gezwungen werden darf, Zwangs- und Pflichtarbeit zu verrichten.

### 4 Gute und ausreichende pädagogische Begleitung und fachliche Anleitung gewährleisten

Freiwilligendienste können Spielräume sein, in denen die eigene soziale Handlungsmacht entdeckt und entwickelt wird – gerade ohne Zwang und Leistungsdruck. Um der erkennbar gestiegenen psychischen Belastung junger Menschen gerecht zu werden, **soll die pädagogische Begleitung durch abgesenkte Personalschlüssel intensiviert werden.** Dies ist nicht möglich, wenn ganze Jahrgänge – aktuell etwa 750.000 Schulabgänger\*innen – verpflichtet werden und betreut werden müssen.

Auch für die fachliche Anleitung so vieler Jugendlicher in den Einsatzstellen, die oft unter Fachkräftemangel leiden, wären die personellen Ressourcen nicht vorhanden. Widerwillen gegen die Dienstpflicht hat dort hohes Konfliktpotential, sodass die Einrichtungen durch die Verpflichteten zusätzlich belastet statt unterstützt werden könnten. Der Fachkräftemangel dort kann nicht mit unqualifizierten jungen Menschen gelöst werden und darf nicht zur Rechtfertigung einer Pflichtzeit dienen. Leidtragende in Betreuungseinrichtungen könnten die dortigen Bewohner\*innen und Klient\*innen werden, wenn sie unmotivierten und achtlosen Verpflichteten ausgesetzt sind.

### 5 Freiwilligendienste angemessen und bürokratiearm fördern

Außerdem würde ein hoher bürokratischer Aufwand mit Auswirkungen auf die Freiwilligen entstehen. Hier sind die Erfahrungen im Bundesfreiwilligendienst mit der entsprechenden Bundesbehörde nicht gerade ermutigend. Bürokratie soll reduziert werden, um einen unkomplizierten Einstieg und Ablauf für Freiwillige zu ermöglichen. Schätzungen gehen davon aus, dass die Finanzierung eines Pflichtdienstes mehrere Milliarden Euro teuer wäre. Im Bundeshaushalt 2022 sind nur 328 Millionen Euro für den Bundesfreiwilligendienst und die Jugendfreiwilligendienste vorgesehen. In den Haushaltsplanungen ab 2024 werden hier aktuell sogar noch Kürzungen verhandelt. **Falls nur ein Bruchteil der benötigten Mittel zur Durchführung einer allgemeinen Dienstpflicht in den qualitativen und quantitativen Ausbau der Freiwilligendienste investiert würde, könnte eine Kultur des Miteinanders und der sozialen Verantwortung bereits heute nachhaltig gestärkt werden.**

**Das Ziel der bürgerschaftlichen Beteiligung** möglichst vieler junger Menschen an der Gesellschaft ist unumstritten. Der Weg sollte aber gerade in der derzeitigen Situation über attraktive Freiwilligendienste und nicht eine problembehaftete Pflichtzeit gehen.